

Alle Bestellungen nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Inserations-Gebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitzeile 1/2 Gr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Gr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postaufschlag 1 Rthl. 24 Gr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage.

# Breslauer Zeitung.

Nr. 122.

Sonnabend den 3. Mai

1851.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

**Paris, 1. Mai.** In der Legislatur wird die West-Eisenbahn-Kompagnie concessionirt. 5 pEt. 90. — 3 pEt. 55, 80.

**London, 30. April.** Der Globe fordert zu einer Demonstration für Kosuth auf. Consols 96 7/8.

**Sparto, 21. April.** Die Garnison ist wegen militärischen Verhaftungen für Saldaña aufgestanden. — Wehrständiger Kampf. — Saldaña, welcher incognito anwesend, begibt sich nach Vigo, um ein von den Insurgenten herbeigerufenes Schiff aufzusuchen. Die Einwohner der Stadt erklären sich für die Insurrektion.

[Berichtigung.] In der gestrigen Depesche aus Kassel ist aus Versehen der September 1851 statt des Septembers 1850 stehen geblieben.

## Telegraphische Nachrichten.

**Paris, 30. April, Abends 8 Uhr.** In der Legislativen nichts von Bedeutung. Jerome Napoleon hat seine Gehaltsforderung zurückgezogen. — Die Kommission zur Prüfung des Kommunalgesetzes hat Bismarck zum Berichterstatter ernannt. Der Minister Faucher wünscht, daß das Wahlgesetz auch für die Nationalgarde anwendbar sei, die Kommission ist aber nur für einjähriges Domizil. — Die Kommission ist aber nur für einjähriges Domizil. — Die Kommission ist aber nur für einjähriges Domizil.

**Samburg, 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.** Del. unverändert. — Roggen, Weizen, fülle.

**Frankfurt a. M., 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.** Nordbahn 39 1/4.

**Paris, 30. April, Nachmittags 5 Uhr.** 3 pEt. 55, 55. 5 pEt. 90, 05. Fortgesetzte Baisse, schwierige Liquidation. (Berl. Blätter.)

**Palermo, 14. April.** Erdbeben in Messina, bis jetzt kein großer Unglücksfall.

**Turin, 28. April.** Man spricht vom Rücktritt des Ministers des Innern, Salvagno. Der König soll den Hofenbandorden erhalten haben.

**Triest, 1. Mai.** London 13, 7; Silber 34 1/4.

**Rom, 27. April.** Die Verhandlungen mit Toskana bezüglich der Eisenbahnverbindungen sind vom Ministerpräsidenten Baldasseroni zu Ende gebracht worden.

**Neapel, 22. April.** Der König hat 19 politische Gefangene begnadigt.

## Uebersicht.

**Breslau, 2. Mai.** In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Debatte über den Gesetz-Entwurf der Gemeinheits-Teilung aus dem linken Rhein-Ufer geschlossen. Ein Antrag des Abgeordneten v. Uechtritz: eine Bestimmung des Abfindungsgesetzes zu Gunsten der Kirchengüter abzuändern, wurde verworfen. Endlich wurden noch mehrere Gegenstände der Finanz- und Agrar-Gesetzgebung rasch erledigt. In der nächsten Sitzung wird wahrscheinlich schon das Preßgesetz debattirt werden. Zu einem Abschluß dürfte es aber in dieser Session nicht kommen, da sich wahrscheinlich mancherlei Differenzen zwischen den Beschlüssen der ersten und zweiten Kammer herausstellen werden.

Der neue Bundestags-Gesandte v. Rochow soll zu Berlin bereits Vorarbeiten für seine Wirksamkeit zu Frankfurt a. M. machen. Bismarck, Schönhäusen, der den Titel geheimer Legations-Rath erhalten soll, wird bei diesen Arbeiten zugezogen. Der geh. Finanzrath Delbrück dürfte erst später bei den handelspolitischen Verhandlungen des Bundestages sich nach Frankfurt begeben.

Die Kreuzzeitung erklärt die Nachricht der „Nat.-Ztg.“ von einer im Juni vorzunehmenden Mobilmachung des preussischen Heeres für unwahr.

Unter Berliner Korrespondenz beleuchtet auf Grund der Intentionen des Abgeordneten Stablenwski die Ausnahme-Stellung des Großherzogthums Posen zu Preußen und zu Deutschland.

Es dürften die Dresdener Konferenzen doch durch einen förmlichen Abschluß geschlossen werden, da man in Dresden zu diesem Endzweck die Ankunft der Minister-Präsidenten Manteuffel und Schwarzenberg erwartet.

Die Bundescentralkommission in Frankfurt a. M. arbeitet sehr fleißig, weil sie nächsten ausgelöst werden soll.

Der König von Preußen soll nach Berichten aus Stuttgart ein freundliches Schreiben an den König von Württemberg gerichtet haben. — Die Wahlen zum Landtag sind ein Drittel demokratisch und zwei Drittel konservativ-liberal ausgefallen.

Der König Otto von Griechenland sucht in Wien die Erbfolge Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Der Prinz Adalbert von Bayern soll sein Nachfolger sein.

Die Hannoverische Zeitung meldet nun selbst, daß der bekannte hannoversche Bundestags-Gesandte Delmold abberufen sei. — Die Audienz der Ritterschaft bei dem Könige ist bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

Aus Paris wird kein Faktum von besonderer politischer Wichtigkeit gemeldet, ausgenommen ein starkes, unerklärliches Sinken der Course an der Börse. — Die verschiedenen Parteien machiniren gegeneinander ins Geheim und öffentlich; vorläufig handelt es sich: ob Revision der Verfassung oder nicht.

Den Prager Zeitungen wird aus Wien gemeldet: daß Rußland neuerdings den Vorschlag in Anregung bringt, die dänische Frage durch eine Konferenz zu beenden. Ein Gerücht ist im Umlauf, welches von dem Eintritte Gesamtmandemars in Deutschland spricht.

Der Kaiser von Oesterreich soll an der Auszehrung leiden. — In dem letzten Finanz-Ausweis kommt ein Rechnungserloß von 5 1/2 Millionen vor. — Die Güte werden in Wien noch immer verfolgt.

Nachdem, wie die Agram. Ztg. meldet, auch Bihacz, der letzte bedeutende Platz, der sich in den Händen der Insurgenten befand, von den kaiserlichen Truppen erobert und die Häupter der Insurrektion gezwungen wurden, auf österr. Boden Zuflucht zu suchen, kann man die Insurrektion in Bosnien als beendet ansehen. Der Widerstand der reformfeindlichen Türken ist jetzt wie in der Herzegowina, so auch in Bosnien gebrochen und die Pläne sind gescheitert, welche die Feinde des gegenwärtigen Regierungssystems der Pforte in Konstantinopel auf den bosnischen Kampf gebaut.

## Preußen. Kammer-Verhandlungen. Zweite Kammer.

Neunundsechzigste Sitzung vom 1. Mai.

Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung nach 10 Uhr. Der Regierungs-Präsident v. Selchow ist wieder als Abgeordneter in die Kammer getreten. Es werden fast ohne alle Diskussion erledigt: 1) ein Gesetz über das Verfahren bei Gemeinheits-Teilungen in den Landen des linken Rheinufers. Dasselbe wird mit unwesentlichen Modifikationen angenommen; 2) ein Antrag des Abgeordneten v. Uechtritz, eine Bestimmung des Abfindungsgesetzes zu Gunsten der Kirchengüter abzuändern. v. Kleist-Rehnow streitet für den Antrag, welchen die Kommission in Uebereinstimmung mit der Regierung ablehnt. Oesterath spricht gleichfalls für den Antrag. Ein Amendement Bauer erhält die Zustimmung der Minister v. Westphalen und v. Kaumer. Das Amendement kommt zur Abstimmung und wird mit 127 gegen 122 Stimmen verworfen. Einige andere Gegenstände der Tagesordnung, Finanz- und Agrargesetzgebung betreffend, werden hierauf in rascher Aufeinanderfolge erledigt. (Schluß 3 Uhr.)

**Berlin, 31. Mai.** Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Appellations-Gerichts-Sekretär, Justizrath Johann Heinrich Philipp Kruse zu Halberstadt, den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen.

Angekommen: Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Willeben, von Magdeburg. Se. Excellenz der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, Staats-Minister v. Flottwell, ist, von Potsdam kommend, nach Küstern hier durchgereist. — Abgereist: Der Hof-Zägermeister v. Pachelbl-Gehag, nach Karlsruhe.

**Berlin, 1. Mai.** [Die gestern in der zweiten Kammer vorgetragene Interpellation des Abg. von Stablenwski] und namentlich die darauf vom Minister des Innern ertheilte Antwort, leitet die Aufmerksamkeit wieder einmal hin auf die Ausnahme-Stellung des Großherzogthums Posen zur preussischen Monarchie wie zu Deutschland überhaupt. Die Bemerkungen, welche darüber ununterbrochen in den öffentlichen Blättern wiederkehren, beruhen so vollständig auf einer Unkenntnis der Thatsachen, daß es endlich Zeit ist denselben entgegenzutreten. Die Aufnahme der gesamten preussischen Monarchie in den deutschen Bund, so heißt es immer von Neuem, ist eine vollendete Thatsache. Dies ist vollständig falsch. Als der König durch Patent vom 28. März 1848 die Absicht ausgesprochen, die beiden bisher nicht zu Deutschland gehörigen Provinzen Preußen und Posen in den Bund aufnehmen zu lassen, machte er dies ausdrücklich von der Zustimmung der Vertreter dieser Provinzen abhängig. Die Vertreter der Provinz Preußen gingen auf die Absicht des Königs ein, und die deutsche Bundesversammlung ratifizierte durch einstimmigen Beschluß die Aufnahme der Provinz Preußen in den Bund. Die Stände der Provinz Posen dagegen lehnten am 6. April 1848 mit einer Majorität von 26 gegen 17 Stimmen den Eintritt dieser Provinz in den deutschen Bund ab, die Bundesversammlung kam daher gar nicht in den Fall, denselben zu acceptiren oder zu ratificiren. Nun folgte die deutsche Reichsversammlung mit ihren Demarkations-Plänen, die glücklicher Weise niemals zur Ausführung kamen. Die preussische Regierung, nachdem sie lange hin und her geschwankt hatte, was sie thun sollte, entschloß sich endlich, die f. g. Demarkation der Provinz ganz fallen zu lassen; Herr v. Manteuffel erklärte ausdrücklich in der zweiten Kammer diesen Plan für unpraktisch und unausführbar, und ließ sich vielmehr von den Kammermitgliedern zur Aufnahme der ganzen Provinz Posen in den deutschen Bund geben. Die Kammer ertheilte unter dem 13. Februar 1850 ihre Genehmigung dazu, und seitdem pflegt man nun wirklich die Provinz Posen als zu Deutschland gehörig anzusehen. Ist denn aber mit diesem einstimmigen Akte der preussischen Regierung, mit diesem Beschluß der preussischen Kammer die Aufnahme Posens in den deutschen Bund wirklich eine vollendete Thatsache? Nimmermehr. Hierzu gehört vielmehr als ein ganz notwendiges Moment, ohne welches jener Beschluß ohne jede rechtliche Wirkung bleiben muß, die Ratifikation dieser Annahme durch ein berechtigtes Centralorgan Namens Deutschlands. Ein solches Organ existirte aber im Februar 1850, als jener Beschluß geschah, gar nicht mehr; da war keine Reichsversammlung, kein Reichsverweser, keine Bundesversammlung, welche im Namen Deutschlands diese Aufnahme acceptirt hätten. Und die Bundesgesetzgebung, welche jetzt doch wieder gültiges Recht geworden ist, bestimmt im Art. 6 der Wiener Schlussakte ausdrücklich, daß die Aufnahme eines neuen Gliedes in den Bund nur durch einen einstimmigen Beschluß sämtlicher Bundesglieder erfolgen könne. Jener einstimmige Akt der preussischen Regierung unter Zustimmung der preussischen Kammer hat also in Betreff der Provinz Posen keinerlei weitere rechtliche Wirkung und Gültigkeit, wie wenn etwa die österreichische oder die dänische Regierung einseitig beschließen sollte, mit ihren bisher noch nicht zu Deutschland gehörigen Landestheilen nun gleichfalls zum Bunde zu treten. Die Abgeordneten polnischer Nationalität in

den preussischen Kammern hatten darüber im vorigen Jahre auch sofort das klare Bewußtsein, sie ließen aber jenen Beschluß als das kleinere Uebel über sich ergehen, denn er bewahrte sie vor der Demarkationslinie, die einen schmalen Landstreich als ein zwischen Rußland und Preußen zwischen gepreßtes lebensunfähiges abgesondertes Ganze losstrennen sollte und also den völligen Ruin des so abgegrenzten Landstrichs zur Folge haben mußte. Jetzt aber tritt diese Lebensfrage für das Großherzogthum Posen von Neuem in ihrer ganzen Stärke hervor. Denn jener Plan der Ziehung der Demarkationslinie, den der Minister Manteuffel im vorigen Jahre selbst als ein Urding bezeichnete, der im schroffen Widerspruch steht mit dem andererseits gefassten Beschlusse der Regierung wegen Aufnahme der ganzen Provinz in den deutschen Bund, ist nach den getrigenen Worten des Ministers des Innern nicht aufgegeben, sondern soll vielmehr baldigst ausgeführt werden. Wir haben zwar in neuerer Zeit uns an viele Widersprüche des Ministeriums zu gewöhnen gelernt, dies ist aber einer der schreidendsten, denn er greift in das organische Leben eines wichtigen und großen Landestheils tief einschneidend ein. Der Abg. v. Stablenwski schiederte uns gestern in bereicherter Weise die Nothwendigkeit, endlich durch eine Gleichheit des Rechts auch für die Provinz Posen zur Veröhnung der polnischen Staatsangehörigen der preussischen Monarchie beizutragen; diese Ausführung würde den polnischen oder den demarkirten Theil der Provinz zu Grunde richten, und wenn Herr v. Westphalen dies bis jetzt noch nicht begreift, so möchte ich ihm einen längeren Aufenthalt in der Provinz selbst anempfehlen. Die Interpellation des Abg. v. Stablenwski sollte also die Regierung zu einem Schritte der Veröhnung veranlassen; der Minister des Innern hat statt dessen durch seine Worte manche ernste Besorgnisse nach gerufen.

Die Kommission der zweiten Kammer für Finanzen und Zölle hat über die Anträge der Abg. Hartort und v. Hindenburg-Deudenborff wegen einer Unterstützung der hülfsbedürftigen Veteranen aus den Feldzügen bis zum Jahre 1815 Bericht erstattet. Sie hat dabei nur solche Veteranen im Auge gehabt, denen nach den bestehenden Bestimmungen ein Anspruch auf Pension nicht zur Seite steht, deren Zahl sich nach den stattgehabten Ermittlungen auf 70,000 belaufen soll. Die Kommission findet es bedenklich, einen Theil der National-Dankbarkeit gegenwärtig in solchem Umfange zu bewilligen; selbst wenn die obenangegabene Zahl auf 30,000 zu reduciren ist, so würde dies eine jährliche Mehr-Ausgabe von 360,000 Rthl. nöthig machen. Die Kommission empfiehlt deshalb, der Erwägung der Staatsregierung anheimzugeben, für das Jahr 1852 und die folgenden einen Fonds von 50,000 Rthl. jährlich stiftung zu machen und diejenigen Veteranen, welche erwerbsunfähig, hülfsbedürftig und nach ihrer bisherigen Führung nicht unwürdig, lebenslängliche Unterhaltungen im Betrage der Invaliden-Pensionen IV. Klasse auszuweisen, wenn dieselben nachzuweisen im Stande sind, daß sie im Kriege oder während ihrer Dienstzeit beschädigt sind und als ganz oder halbinvaliden entlassen worden.

**C. B. Berlin, 1. Mai.** [Tagesbericht.] Die zweite Kammer wird morgen die Beratung des Preßgesetzes beginnen. Wie die Verhältnisse liegen, ist wohl an eine Vollendung der Beratung des Gesetzes in der zweiten Kammer, nicht aber an eine Ausgleichung der nothwendigen Differenzen in den Beschlüssen beider Kammern zu glauben.

Herr v. Rochow ist im Augenblicke mit der Ausarbeitung seiner Instruktionen (?) beschäftigt. Herr v. Bismarck soll von dem Herrn Gesandten mehrfach zugezogen werden.

Die Eröffnung des Bundestages dürfte sich doch noch bis Mitte dieses Monats hinziehen, so lange wird Hr. v. Rochow auch noch hier verbleiben.

Unsere Börsenwelt befindet sich in einem sehr misanthropischen Zustande. Es hat sich ihrer eine so vollständig auf Gerüchten beruhende Furcht bemächtigt, daß größere Geschäfte fast ganz unmöglich sind. Zu den seltsamsten Gerüchten, die die Köpfe der Börsenmänner erfüllen, gehört auch das, daß am 4. Mai in Paris und an andern Orten eine revolutionäre Bewegung bevorstehe.

**(M. Pr.)** Se. Majestät der König werden sich morgen (2. Mai) Vormittags zur Laute des Großherzogthums von Mecklenburg-Schwerin, die am 3. d. M. stattfinden soll, nach Ludwigslust begeben und am Dienstag den 6. d. M. von dort zurückkehren. In Begleitung Sr. Majestät werden sich befinden der General-Adjutant General-Lieutenant v. Gerlach und der Flügel-Adjutant Major v. Boddien. Von Ludwigslust gedenken Se. Majestät auch nach Schwerin zu reisen, um dort das neue Schloß zu besichtigen, und es wird zu dem Zwecke auch der geh. Oberbaureath Stiller ebenfalls abgehen.

Wie wir hören, wird Herr v. Bismarck-Schönhäusen bei seinem Eintritt in den Staatsdienst zum geheimen Legationsrath ernannt werden. — Unrichtig ist es, wenn verschiedene Blätter melden, daß Herr v. Bismarck als dieserzeitiger Minister-Resident bei der Stadt Frankfurt abgehen werde. Derselbe wird vielmehr den Bundestags-Gesandten als erster Gesandtschaftsrath begleiten.

„C. B.“ will wissen, daß auch der geh. Finanzrath Delbrück dem Herrn v. Rochow für die Bundestags-Gesandtschaft „beigeordnet“ wird. Wir können dem aufs Bestimmteste widersprechen. Möglich ist, daß die Gesandtschaft in den später aufzunehmenden handelspolitischen Verhandlungen den geheimen Rath Delbrück in einzelnen Fragen zu Rathe ziehen wird.

Die „Nat.-Ztg.“ findet sich veranlaßt, die ihr von mehreren Seiten übereinstimmend zugegangene Mittheilung, daß (in Preußen) seit längerer Zeit eine Mobilmachung, und zwar zum Juni, beschlossen worden, zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Alle diese ihr zugegangenen Mittheilungen stimmen darin überein, daß sie vollkommen unwahr sind.

Im Justiz-Ministerium ist es bereits vor einiger Zeit zur Sprache gekommen, die den kaufmännischen Büchern bis jetzt beigelegt gewesene Beweisraft, wenn nicht ganz aufzuheben, doch wesentlich zu modifiziren. Nachdem dieser Gegenstand einige Zeit liegen geblieben war, ist er bei Gelegenheit der mehrfach erwähnten Petition der Association der Berliner Aerzte aufs Neue angeregt worden, und der Justizminister hat sich bei Beantwortung dieser Petition dahin ausgesprochen, daß die Frage wegen fernerer Beweisraft der kaufmännischen Bücher bald ihre amtliche Erledigung finden werde.

**(Nat.-Ztg.)** Die Eröffnung des Bundestages ist, wie dem „Magd. C.“ von hier geschrieben wird, um einige Tage verschoben und nunmehr der 15. Mai als letzter Termin bezeichnet. — Die laut der Bundesakte nothwendige Einstimmig-

keit bei den Beschlüssen der Bundesversammlung ist begreiflicher Weise der Stein, den Oesterreich und die ihm ergebene Presse wegzuräumen bestrebt ist. Wir haben bereits eines Artikels des „Journal de Francfort“ erwähnt, welcher deducirte, daß man sich in Frankfurt vorerst mit „provisorischen“ Bestimmungen begnügen werde, für welche Majoritätsbeschlüsse ausreichend sind. Die „Darmst. Ztg.“, das offizielle Organ der großherzoglich hessischen Regierung, sagt heute Aehnliches. Zur authentischen Auslegung der Bundesakte sei nirgends Stimmeneinstimmigkeit vorgeschrieben. Provisorische organische Einrichtungen als Mittel zur Erfüllung der Bundeszwecke seien daher unter den Art. VIII. der Wiener Schlussakte nicht zu subsumiren, sondern unterliegen der Stimmeneinstimmigkeitsregel. Sobald also eine organische Einrichtung als bleibende Anstalt im Plenum nur Stimmenmehrheit für sich habe, stehe es eben dieser Mehrheit frei, sie als provisorische Einrichtung in das Leben treten zu lassen. In dieser Weise wäre also die Einstimmigkeit beseitigt.

Dem „Magd. C.“ wird von hier geschrieben: Das Votum welches Herr Delbrück mit nach Dresden genommen, beauptet durchgängig den Standpunkt, welchen die Regierung in der Zolleinigungsfrage schon seit lange festgehalten. Man wünscht dießseits mehrfache Verkehrs-Erleichterungen und Ausgleichungen in Maaß und Gewicht; aber man widerspricht jeder Einigung, welche auf den Ruin des Zollvereins hinabwirft, und auf Kosten der preussischen Interessen eine österreichische Machtvergrößerung anstrebt. Namentlich wird von hier aus der Gedanke entschieden abgewiesen, der Bundes-Centralgewalt die entscheidende Macht in allen ökonomischen Angelegenheiten einzuräumen. Preußen beharrt in Handels- und Zollsachen auf dem Grundsatze der freien Vereinbarung, und verwirft die Majoritätsentscheidungen mit ihrer despotischen Herrschaft über fremde Interessen.

Hr. v. Bismarck wird dem preussischen Bundestagsgesandten in Frankfurt assistiren, und da Hr. v. Rochow nur provisorisch diese Stelle versieht, so wird, wie man wissen will, das Definitivum für den Assistenten vorbehalten bleiben, und Hr. v. Rochow dann nach Petersburg zurückkehren. Die „Neue Pr. Ztg.“ hat damit den vollständigsten Sieg in dieser Angelegenheit davon getragen, denn das getroffene Arrangement ist nichts weiter als einer der beliebten Quersäge, die schließlich doch zu dem voraus bestimmten Ziele führen.

Die gestern mitgetheilte Nachricht von der Verhaftung des früheren Abgeordneten Reut. Caspari ist ungenau, vielmehr hält sich derselbe hier theils zum Besuche seiner Freunde, theils in geschäftlicher Angelegenheit, wie uns verbürgt versichert wird, freien Fußes, auf.

**\* Posen, 29. April.** [Die Amnestie vom 9. October 1848], welche die am Zustande im Großherzogthum theilhaftig gewesenen Polen begnadigte, bestimmte bekanntlich hinsichtlich der compromittirten Geistlichen, Offiziere, Lehrer und mittel- und unmittelbaren Beamten, daß gegen diese zwar die Untersuchung eingeleitet resp. fortgesetzt werden solle, daß gegen sie jedoch auf keine weitere Strafe als auf Amtsentsetzung erkannt werden dürfe. Diese Ausnahme Einzelner von der allgemeinen und unbedingten Amnestie ward gleich im Publikum nicht gebilligt; es stellten sich auch bei den Gerichtsverhandlungen ganz eigenthümliche Scenen heraus, indem oft ganz untergeordnete Personen auf der Anklagebank unter Anklage des Hochverraths saßen, während Hauptführer des Aufstandes frei und unangefochten ihnen als Zeugen gegenüberstanden, oder auch freiwillig erschiene Zeugen sich vor Gericht frei und offen als Urheber und Thäter von Handlungen bekannten, deren die Angeklagten beschuldigt wurden, und nachdem sie von den Belastungszugehen als die wirklichen Thäter rekonosziert waren, ungehindert wieder den Gerichtssaal verließen. Die Folge davon war, daß bekanntlich überall, wo Beamte als wegen Theilnahme am Aufstande vor Gericht gestellt wurden, von den Geschworenen, mochten es Polen, Deutsche oder Juden sein, ein freisprechendes Urtheil erfolgte; indeß nicht Alle wurden vor Gericht gestellt, sondern ihre Entlassung aus dem Staatsdienst erfolgte stillschweigend, so zu sagen brevi manu dadurch, daß man ihnen weitere Beschäftigung verweigerte. Dies war namentlich mit noch nicht definitiv angeestellten Lehrern, Auskultatoren und Referendarien der Fall, und diese düstern daher alle für alle, obgleich man gerade in der Jugend dieser Personen mehr als bei allen andern Grund nach Vergeben und Vergessen hätte finden sollen. — Das Vergehen gegen diese jungen Leute, die dadurch auf eine ganz andere Lebensbahn geworfen werden, giebt wiederum zu sonderbaren Vergleichen Anlaß. Wir wollen nur ein Beispiel anführen. Ein blühender Referendar erhielt von dem damaligen polnischen Komitee den Befehl, sich zu dem in der Bildung begriffenen polnischen Heere zu stellen, und wie uns gesagt wird, erhielt er vom Direktor des betreffenden Gerichts, den er um Rath fragte, was er thun solle, die Antwort: er werde dem Befehle des Komitees wohl gehorchen müssen. In der That würde auch damals Keiner gewagt haben, sich einem solchen Befehle zu entziehen. Der junge Mann folgte daher und kam zum Wisznyski'schen Korps. Man machte ihn dort zum Lieutenant und später wählte ihn Kroutoff-Krotowski zu seinem Adjutanten. Nach der Konvention von Baro legte er die Waffen nieder und kehrte nach Posen zurück. Krotowski dagegen wurde bekanntlich als ein Hauptführer verhaftet, allein als er später vor Gericht gestellt wurde, sowohl vom Geschworenengericht als durch alle Instanzen des Disziplinarverfahrens freigesprochen und wieder in sein Amt als Rechtsanwält und Notar eingesetzt. Inzwischen waren alle Versuche des Referendars und Adjutanten Krotowski's, wieder beim Gericht beschäftigt zu werden, vergebens — er hatte sich ohne förmlichen Urlaub aus seinem früheren Dienstverhältnisse entfernt, und man betrachtete ihn als freiwillig und für immer aus dem Justizdienste ausgeschieden. Er trat darauf, um seiner Militärpflicht zu genügen, als Freiwilliger in das 8. Infanterie-Regiment ein, avancirte zum Unteroffizier und kehrte endlich mit dem ausgezeichnetsten Atteste seiner Kommandeure, welche ihn besonders zur Wahl als Landwehroffizier empfahlen, in seine Heimath zurück, nachdem er persönlich ein mit jenen Attesten begleitetes Gesuch um Wiederaufnahme in den Justizdienst beim Justizminister eingereicht und von diesem mit Hoffnung erregenden Worten und Verheißung einer baldigen möglichst günstigen Beschickung entlassen worden war. Diese Beschickung ist in diesen Tagen durch den Präsidenten des hiesigen Appellationsgerichts











